

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 20 Pf.

Bestellnummer: Erzgebirger Anzeiger

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 218

Freitag, den 18. September 1931

26. Jahrgang

Für die Minderheiten

Curtius spricht in Genf — Deutsche Unregungen

Genf, 16. September. Im Sechsten (Politischen) Ausschuss der Völkerbundversammlung wurde heute vormittag nach Annahme der Entschließung über die weiteren Arbeiten des Europa-Ausschusses die von Deutschland beantragte Aussprache über den die Minderheitenfrage betreffenden Teil des Jahresberichts des Generalsekretärs eröffnet. Dr. Curtius ergriff als erster Redner das Wort zu einer längeren Erklärung, in der er einen Rückblick auf die Jahrestätigkeit des Völkerbundes auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes gab und ohne Stellung konkreter Anträge Anregungen für die Zukunft formulierte. Dr. Curtius ging aus von dem im vorigen Jahre angenommenen Bericht, in dem sich die Völkerbundversammlung zur Achtung vor dem heiligen Rechte der Minderheiten auf Sprache, Religion und Kultur bekannt habe. Dr. Curtius erklärte, daß er zu den vor dem Rat gegenwärtig schwebenden Fragen keine Stellung nehmen wolle, obwohl auch dort die grundsätzliche Seite der Angelegenheit wiederholt gepostet worden sei, insbesondere in den Bemerkungen des damaligen Ratspräsidenten Henderson, der die Minderheitenschutzverträge als eine Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens und den Minderheitenschutz als eine Frage nicht nationalen, sondern internationalen Charakters bezeichnet habe. Trotzdem, so betonte Dr. Curtius, könnten die Grundsätze des Minderheitenschutzes nicht dargelegt werden. Auf das Petitionsverfahren im abgelaufenen Jahre übergehend, stellte der deutsche Vertreter zunächst eine Zunahme der Petitionen fest. Diese hätten sich von 57 im Vorjahre auf 204 im Berichtsjahre erhöht. Als annehmbar seien 53 gegen 31 im Vorjahre erklärt worden. Im Jahre 1930 hätten sich 38 Komittees, im abgelaufenen Jahr 66 Komittees mit der Prüfung von Minderheitenfragen befaßt. Dr. Curtius erkannte an, daß die Völkerbundsorgane sich ihrer Aufgabe hingebend und erfolgreich angenommen hätten. Dagegen sei von den in den Minderheiten-Beschlüssen vorgesehenen besonderen Möglichkeiten nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht worden. Dr. Curtius machte sodann einige ergänzende Bemerkungen über die Frage des Verfahrens. Die Petenten erhielten keine Kenntnis von den Äußerungen ihrer Regierung und hätten keine Gelegenheit dazu zu nehmen. Dieses Verfahren hätte in einer wichtigen Angelegenheit, die den Rat kürzlich beschäftigte — gemeint war die Beschwerde des Deutschen Volksbundes über den Wahlterror in Ostoberschlesien — zu Schwierigkeiten führen können, wenn nicht aus anderen Gründen die Angelegenheit damals hätte vertagt werden müssen. Dr. Curtius regte auch an, daß die Dreierkomitees ausgleichsweisen Gebrauch von dem Minderheitsrecht machen sollten, um das Vertrauen der Minderheiten zur Tätigkeit der Komitees zu erhalten. Auch sei eine größere Publizität bevorzugen zu erwägen, wenn ein Verfahren durch Zulagen der Regierung oder durch deren Mittelstellung, daß sie mit der Minderheit in Verhandlungen trete, zum Abschluß komme. Auch auf diesem Gebiete sei allerdings eine Besserung zu verzeichnen. Dr. Curtius appellierte zum Schluß an den Völkerbund und seine Organe, von diesen Anregungen einen liberalen Gebrauch zu machen. In der Folge werde noch vieles zu geschehen haben, um eine reibungslose Durchführung des Minderheitenschutzes zu sichern. Jedemfalls dürfe der Völkerbund in seiner Tätigkeit nicht erschöpfen, mit Rücksicht auf die Heiligkeit der Rechte der Minderheiten, auf die Garantieverpflichtung des Völkerbundes und die feckliche Lage, in der sich die Minderheiten insbesondere in Europa befinden.

Nach der Rede des deutschen Außenministers gab ein Vertreter Rumäniens im Namen der Tschechoslowakei, Südbalkan, Griechenlands, Rumäniens und Polen eine Erklärung ab, in der er auf die Erklärungen hinwies, die von diesen Staaten im vorigen Jahre zu der Frage abgegeben worden seien und in denen die genannten Staaten betont hätten, daß sie Verpflichtungen, die über die bestehenden Minderheiten-

schutzverträge hinausgingen, nicht zu übernehmen gedächten.

An diese Bemerkung knüpfte sodann der Vertreter Ungarns Graf Apponyi an mit der Erwiderung, daß er sich ebenfalls auf seine vorjährigen Erklärungen berufen könne und darauf verzichte, auf die von dem Vertreter der genannten Staaten wiederholten Erklärungen näher einzugehen.

Graf Apponyi sprach der deutschen Delegation seinen Dank dafür aus, daß sie durch ihre erneute Initiative eine Kontinuität geschaffen habe, die den Zweck habe, das Interesse für das Schicksal der Minderheiten wachzuhalten. Er schloß mit einem warmen Dank an den deutschen Außenminister.

Die Verhandlungen in Genf über die österreichische Anleihefrage

Genf, 16. Sept. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen des Finanzkomitees über die österreichische Anleihefrage ist man in unterrichteten Kreisen geneigt, anzunehmen, daß die Verhandlungen am Donnerstag zu Ende geführt werden können. Auf österreichischer Seite innerhalb des Finanzkomitees beurteilt man die Aussichten des österreichischen Antrags ziemlich zuversichtlich. Wie verlautet, haben die Mitteilungen, die der österreichische Bundeskanzler Dr. Buresch dem Finanzkomitee machte, einen zuversichtlichen und festen Eindruck hervorgerufen. Über den Gegenstand und die Art der Verhandlungen sind in einem Teil der Presse Berichte verbreitet worden, die den Sachverhalt erheblich entstellen. Das gilt, wie von unterrichteter Seite festgestellt wird, namentlich von Behauptungen über angebliche politische Bedingungen, die dem Bundeskanzler gestellt worden sind. Von maßgebender österreichischer Seite wird betont, daß die Verhandlungen sich ausschließlich auf finanzielle und budgettechnische Fragen beschränken und daß irgendwelche Bindungen bisher von Österreich nicht gefordert worden sind.

Entschließung über die Arbeit des Europa-Ausschusses

Genf, 16. Sept. Der sechste (politische) Ausschuss hat heute vormittag als Abschluß der Aussprache über den Bericht des Europa-Ausschusses folgende Entschließung angenommen:

Die Versammlung verzeihet mit Genugtuung die Ergebnisse der Arbeiten des Studienausschusses für die europäische Union. Sie billigt den Bericht des Studienausschusses über seine Konstitution, seine Organisation und seine Arbeitsmethoden. Sie fordert den Ausschuss auf, das unternommene Werk gemäß den in der Entschließung vom 17. September 1930 niedergelegten Grundsätzen fortzusetzen. Sie empfiehlt ihm, so oft das möglich sein wird, die technischen Organe des Völkerbundes in Anspruch zu nehmen und dem Völkerbund die Regelung des Problems zu übertragen, die ihm für eine unterwerfliche Lösung geeignet erscheinen.

men, daß dieses Problem heute zum Abschluß kommt und das Kabinett sich dann auch heute schon mit anderen Fragen befassen kann.

Die Frage der Änderung des Etatsjahres

Berlin, 16. Sept. Ein Berliner Blatt berichtet, es werde augenblicklich erwogen, ob das Etatsjahr des Reiches geändert werden solle. Bekanntlich beginnt es jetzt am 1. April und endet am 31. März. Die Erwägung soll nun dahin gehen, ob es nicht besser sei, es mit dem Hoover-Jahre in Uebereinstimmung zu bringen. Das würde also bedeuten, daß es in Zukunft mit dem 1. Juli beginnen würde. Nach unfern Informationen hat sich das Kabinett bisher mit dieser Frage noch nicht beschäftigt. Es liegt aber auf der Hand, daß derartige Gedankengänge durchaus akut sind. In der französischen Öffentlichkeit wurden sie bereits mit Beziehung auf den Staatshaushalt Frankreichs erörtert. Praktisch liegen die Dinge ja so, daß man zwar weiß, daß wir bis zum 1. Juli nächsten Jahres keine Reparationen zu bezahlen haben. Rit-

mand aber vermag im Augenblick zu sagen, wie die Reparationsverhältnisse nach diesem Datum liegen werden. Die Beurteilung ist umso schwieriger, als kaum ein Zweifel daran bestehen kann, daß in Washington eine neue Hoover-Aktion überlegt wird, die auf eine Verlängerung des Feuerjahres abzielt. Wenn die Statberatungen im Reichstag nicht schon im Januar, sondern erst im April zu beginnen brauchten und damit auch die Vorbereitung der einzelnen Hausgalle in den Ministerien um drei Monate hinausgeschoben werden könnte, so wäre natürlich eine viel klarere und gesündere Finanzpolitik möglich. Es wäre dann natürlich erforderlich, daß die Zwischenzeit durch einen Vierteljahrssetat überbrückt würde, der aber wohl verhältnismäßig leicht in Form einer Verlängerung des jetzigen Reichsetats, eventuell unter weiterer Anpassung an die Zeitlage aufzustellen wäre. Auch in den früheren Jahren mußte ja verschiedentlich ein Vierteljahrsnotetat herausgebracht werden, weil die Beratungen des Reichstags über den Gesamtetat nicht rechtzeitig abgeschlossen war. Die Wiederbrückung des Vierteljahrs würde also kein Novum darstellen. Immerhin muß aber noch einmal betont werden, daß das Reichskabinett sich bis zu diesem Augenblick mit dem Problem noch nicht beschäftigt hat. Ob der Gedanke nicht bei der Aussprache des Kabinetts über die nächste Finanz- und Wirtschaftspolitik mit erörtert wird, ist jedoch eine andere Frage.

Volkspartei und Curtius

Berlin, 17. Sept. Wie der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet, soll der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dingeldey, kürzlich an den Reichsaussenminister nach Genf einen Brief geschrieben haben, der Curtius darüber unterrichtet, daß die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion gegen sein weiteres Verbleiben im Amt sei. Der Reichsaussenminister soll auf diesen Brief telegraphisch geantwortet haben, daß er sich ausschließlich dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung verantwortlich fühle.

Die Frage der Verlängerung des Hoover-Moratoriums

London, 16. Sept. In Ergänzung seines gestrigen Berichtes über das Eintreten amerikanischer Bankiers für eine mehrjährige Verlängerung des Kriegsschulden-Moratoriums meldet der Washingtoner Korrespondent der „Times“ noch, das Verlangen der Bankiers werde, wie zuverlässig verlautet, auch von Schatzamtssekretär Mellon bekräftigt. Zur Beurteilung der Lage sei bedeutungsvoll, daß Präsident Hoover nur bei einer merklichen Besserung der Geschäftslage nächstes Jahr Aussicht auf seine Wiederwahl hätte. Der Präsident habe den Bankiers anscheinend zu einer liberalen Kreditpolitik geraten, aber hierauf hätten die Bankiers erwidert, daß ihnen die Hände gebunden seien. Einer von ihnen habe ganz unumwunden erklärt: „Unsere Uhr haben die Deutschen in der Tasche“, womit er die 600 Millionen Dollar kurzfristige Kredite meinte, die in Deutschland stillgehalten werden. Die Bankiers bezeichneten als Vorbedingung einer Hilfsaktion erstens eine Verlängerung des internationalen Moratoriums und zweitens eine Änderung der Politik des Direktoriums des Bundesreserve-Amtes in Richtung auf eine „regulierte Inflation“, solange es noch Zeit sei, einen solchen Vorgang zu regulieren. Die Bankiers und Industriellen verlangten ferner eine Abänderung des Alkoholverbotes und Zulassung von Bier mit drei Prozent Alkohol. Sie erklärten, daß auf diese Weise der Landwirtschaft geholfen, die Steuern reichlicher fließen und die Arbeitslosigkeit vermindert werden würde. Der Korrespondent schließt, alles deutet darauf hin, daß der Präsident nicht wünscht, einem Teufel ausgeliefert zu sein. Es sei noch nicht das mindeste darüber bekannt, ob er in einer dieser Fragen nachgeben werde.

Im Prinzip für die fünfjährige Rüstungspause

Neuhort, 16. Sept. Das Staatsdepartement erklärte heute seine volle prinzipielle Zustimmung zu der von Senator Borah vorgeschlagenen fünfjährigen Rüstungspause. Eine solche würde, sofern sie allgemein erfolge, zum mindesten in dreifacher Hinsicht segensreich wirken. Erstens würde die Verser Abfederungskonferenz, an deren für den Mai festgesetztem Datum man hier nachdrücklich festhält, in einer viel freundlicheren Atmosphäre stattfinden. Denn die Öhren der Delegierten würden nicht durch das Gän-

Die Arbeiten des Reichskabinetts

Berlin, 16. Sept. Das Reichskabinett ist nach einer Pause gegen 22 Uhr unter Teilnahme des Reichsbankpräsidenten wieder zusammengesessen. Wie wir erfahren, ist es in der Nachmittagsitzung gelungen, die Frage des Bankrottatoriums im wesentlichen soweit zu erledigen, daß nur noch einige geringfügige Formulierungen geändert zu werden brauchen. In der Nachmittagsitzung findet zunächst eine allgemeine Aussprache über die Finanz- und Wirtschaftspolitik statt. Auf dieser Basis wird dann die Reichsregierung in den nächsten Tagen die Erörterung der Einzelentwürfe fortsetzen.

Berlin, 16. Sept. Das Reichskabinett ist heute nachmittags zu der von uns bereits angekündigten Sitzung zusammengesessen, mit der die Dauerberatungen beginnen, die für die nächsten Tage zu erwarten sind, damit das Wirtschaftsprogramm bis Mitte nächster Woche herausgebracht werden kann. In der heutigen Besprechung ist zunächst die Erörterung des Bankrottatoriums wieder aufgenommen worden, mit dem das Reichskabinett sich bekanntlich am Montag bereits ausgiebig beschäftigt hat. Es ist angun-